Grosse Sorge um das Tafelsilber

Im Riehener Einwohnerrat regt sich Widerstand gegen den Verkauf des Kabelnetzes

Von Markus Vogt

Riehen. Das Kabelnetz von Riehen und Bettingen soll verkauft werden – wenn es nach den beiden Gemeinderäten geht, so rasch als möglich. Die entsprechende Vorlage liegt auf dem Tisch und muss noch vom Riehener Einwohnerrat und der Bettinger Gemeindeversammlung abgesegnet werden. Rund 11,5 Millionen Franken soll der Verkauf der Gemeinde Riehen einbringen. Aber: Das Geschäft könnte platzen, bevor es richtig eingefädelt ist. Im Gemeindeparlament von Riehen murren gleich mehrere Parteien, dass der Verkauf so nicht über die Bühne gehen dürfe. Das Geschäft soll an den Gemeinderat zurückgewiesen oder wenigstens von der Traktandenliste genommen werden, verlangen SP und SVP.

Die beiden Parteien haben im Prinzip nichts dagegen, über die Zukunft oder gar den Verkauf des Kabelnetzes nachzudenken. «Privatisieren ist im Grunde nichts Schlechtes», sagt denn auch Eduard Rutschmann, Präsident der Riehener SVP. Kritik kommt auch von links: «Das geht uns so zu schnell. Der Gemeinderat hätte noch andere Wege prüfen sollen, beispielsweise eine Kooperation mit anderen Kabelnetzen», sagt SP-Einwohnerrat Roland Lötscher. Die beiden sind sich einig: Das Geschäft darf so nicht behandelt werden und muss von der Gemeindeexekutive nochmals gründlich überarbeitet werden.

Das aus dem Jahr 1975 stammende Kommunikationsnetz wurde Ende der 90er-Jahre mit acht Millionen Franken modernisiert; die Anlage war reparaturanfällig geworden. Die beiden Gemeinden verfügen heute über ein modernes HFC-Netz (Hybrid Fibre Coax). Die Gemeinde Riehen bietet darauf 56 analoge Fernsehsender und 43 Radioprogramme an, dazukommen weitere 170 digitale Fernsehprogramme sowie Internet- und Telefoniedienste, die vom Netzbetreiber UPC Cablecom beigesteuert werden.

Nicht Kernaufgabe der Gemeinde

Dieser Standard genüge im internationalen Markt heute nicht mehr, liess der Gemeinderat vor drei Wochen verlauten. Überall werde auf Fibre to the Home (FTTH) aufgerüstet, insbesondere sei auch die Swisscom daran, und da könne Riehen nicht mithalten. Die Gemeinde müsste massiv investieren, so gegen 20 Millionen Franken, und das ist ihr zu viel. Dazu kam noch die Überlegung, dass das Betreiben eines Kabelnetzes nicht die Kernaufgabe einer Gemeinde sei. Der Preis von 11,5 Millionen Franken ergab sich aus der Zahl der Kabelfernsehnetz-Abonnenten; in Riehen sind dies derzeit rund 9000. Käuferin soll die Firma UPC Cablecom sein, die heute das Netz im Auftrag der Gemeinden betreibt.

Wer sich in der Fachwelt umhört, erfährt, dass Riehen mit dem Plan, das Kabelnetz zu veräussern, nicht geringes Erstaunen ausgelöst habe. Das Netz sei hochmodern und noch bestens im Schuss. Und vor allem: Der Preis, den UPC Cablecom bezahlen müsse, sei zu hoch angesetzt.

Verbraucher sollen wenig bezahlen

Der Preis gefällt auch der SVP nicht, und so redet SVP-Einwohnerrat Eduard Rutschmann von einem Schnellschuss. Seit zwei Jahren sei jetzt schon die Rede von einer Privatisierung, was eigentlich aus Sicht der SVP nicht schlecht sei. Es sei aber zu schnell diejenige Firma gewählt worden, die am meisten bezahle. Der Erlös werde in der Gemeindekasse verschwinden, und die Bevölkerung habe dann nichts davon.

Wohl sei ausgehandelt worden, dass die Kabelfernsehgebühren bis 2015 gleich bleiben müssten, doch danach würden diese sicher steigen. «Das wollen wir nicht. Für uns ist wichtig, dass der Endverbraucher für möglichst viele Programme möglichst wenig bezahlt», sagt Rutschmann. Man hätte wenigstens mit anderen Kabelfernsehanbietern der Region verhandeln sollen, zum Beispiel mit Reinach, Birsfelden und anderen.

Hier hakt auch Roland Lötscher ein. Er versteht nicht, dass man sich nicht an die anderen Kabelfernsehbetreiber der Region gewandt hat. Pratteln, Reinach und andere seien in der Lage, mehr Leistung zu erbringen als Riehen, und das erst noch zu einem günstigeren Preis. «Da müsste man doch zuerst prüfen, ob eine Kooperation möglich ist», sagt Lötscher. Die ganze Internettechnologie werde immer wichtiger, und da sei es ihm nicht egal, wenn nun ein anonymer internationaler Konzern über die Programme bestimmen solle, die dann in Riehen zu sehen sein würden.

Kritische Töne auch von anderen

Lötscher weist nochmals auf andere Anbieter hin. Die Gemeinde Pratteln sei daran, ihr Kabelfernsehnetz zu modernisieren, und danach sei Pratteln erst auf dem technischen Niveau, das Riehen heute bietet. Und fügt noch an, dass die Gemeindefinanzen von Riehen ja durchaus in Ordnung seien und schon deshalb kein Verkauf des Kabelnetzes angezeigt sei.

Roland Lötscher und Eduard Rutschmann sind nicht die Einzigen, die den geplanten Deal mit dem Kommunikationsnetz infrage stellen – kritische Töne sind auch von den Grünen, der EVP und der LDP zu hören. Der Gemeinderat wird heute in der Einwohnerratssitzung einen schweren Stand haben.

Eine visionäre Nonne gab den Namen

Das Hildegard-Hospiz widmet sich seit 25 Jahren der Pflege schwer kranker Patienten

Wirken im Stillen. Das Hospiz will die Lebensqualität so lange wie möglich erhalten. Foto Roland Schmid

Von Martin Brodbeck

Basel. Hildegard-Hospiz. Der Name tönt zur Hälfte fromm, zur Hälfte altmodisch. Dabei feiert das Hildegard-Hospiz erst sein 25-jähriges Bestehen. Doch das Hildegard-Hospiz ist weder fromm noch altmodisch. Hospiz heisst es, weil es in Anlehnung an die Hospizbewegung in England entstanden ist. Und den Namen der bekannten Nonne trägt es, weil es ebenfalls zur Tradition der englischen Hospizbewegung gehört, sich den Namen einer religiösen Person zu geben.

Doch damit hat es sich. Mehr noch: Hildegard von Bingen war in ihrer Zeit – dem 12. Jahrhundert – eine für damalige Verhältnisse eigenständige und visionäre Frau mit einem ganzheitlichen Menschenbild. Auch medizinische Schriften hat sie verfasst. Doch mit ihrer Medizin hat das Hildegard-Hospiz nichts zu tun: «Wir sind eine schulmedizinische Institution», sagt Stiftungsratspräsident Felix Bürgel. Der Name Hildegard-Hospiz hat sich in den letzten 25 Jahren zu einem Qualitätssiegel für die Palliativpflege entwickelt. Darum behält man ihn bei. Auch wenn Bürgel zu seinem Leidwesen einräumt, dass der Begriff Hospiz mit Sterbehospiz assoziiert wird.

Doch das Hospiz will ein Ort zum Leben sein – auch wenn es sich oft um die letzte Phase handelt. Spitalverwalter Sascha Bucher betont, dass Patienten auch wieder austreten können. Ihre Schmerztherapie wird in der Klinik optimal eingestellt, danach kehren sie nach Hause zurück – im Bewusstsein, dass sie jederzeit wieder eintreten können.

Bedarf ist unbestritten

«Palliative Care» ist für schwer kranke Patienten bestimmt. Sie ist nicht auf Heilung ausgerichtet, sondern auf den Erhalt von möglichst viel Lebensqualität. Heute, so Bucher, stehe der Netzgedanke im Vordergrund. Daher sei das Hospiz in ein Netzwerk von Akutspital, frei praktizierenden Ärzten, Angehörigen und Spitexdiensten eingebunden. Heutzutage sei der Bedarf für ein Palliative-Care-Netz und ein Hospiz bei den Basler Behörden und bei den Krankenkassen unbestritten, betont Bucher.

Das war nicht immer so. Vor 25 Jahren musste das Hildegard-Hospiz seine Existenzberechtigung verteidigen. Seine Entstehungsgeschichte ist aussergewöhnlich. Am Anfang standen Pflegende: Christel Mohler, Esther Schaffner und Ruth Arn waren als Schwestern in der Gemeindekrankenpflege der Landeskirchen engagiert. Sie sahen die grossen Probleme bei der Heimpflege schwer kranker Patienten.

Cyrill Bürgel, bekannter Basler Advokat und Direktor einer Privatbank, war ehrenamtlich in der Gemeindekrankenpflege seiner Kirchgemeinde engagiert und kam so mit den Schwestern in Kontakt. Er war jener Mann, der dank seinem Beziehungsnetz in der Lage war, ein Hospizprojekt zusammen mit den drei Krankenschwestern zu lancieren und über schwierige Jahre durchzuziehen. Bis zu seinem Tod im Juli dieses Jahres prägte Bürgel das Hildegard-Hospiz. Und im Hospiz schloss sich auch sein eigener Lebenskreis. Seine Funktion als Stiftungsratspräsident hat inzwischen sein Sohn Felix Bürgel übernommen.

Räume strahlen Ruhe aus

Cyrill Bürgel war es auch, der dafür sorgte, dass beim Bau des Hospizes vor 25 Jahren nur die besten Materialien verwendet wurden. Sowohl dem Altbau wie auch dem Neubau am St.-Alban-Ring merkt man die intensive Nutzung der letzten 25 Jahre kaum an. Das Hospiz verfügt über 27 Betten in Einer-, Zweier- und einem Dreierzimmer. Es strahlt mit seinen in zurückhaltendem Beige gehaltenen Räumen eine Ruhe aus, wie man sie in der Hektik heutiger Akutspitalbetriebe nicht mehr findet.

Ein mit einheimischen Pflanzen gestalteter Garten lädt zum Verweilen ein. Das Café ist auch für die Öffentlichkeit da und wird von zahlreichen älteren Quartierbewohnern regelmässig benutzt. Das Hospiz funktioniert nach dem Chefarztprinzip. Rund ein halbes Dutzend Ärzte sind angestellt, welche die verschiedenen Fachdisziplinen abdecken. «Die medizinische Versorgung ist in den letzten Jahren immer aufwendiger geworden», sagt Bucher.

Das Hildegard-Hospiz tritt in der Öffentlichkeit nicht gross in Erscheinung. «Es gehört zu unserer Einstellung, im Stillen zu wirken», sagt Stiftungsratspräsident Felix Bürgel. Die finanzielle Basis ist solide. So erhält das Hildegard-Hospiz regelmässig Mittel von der deutschen Holler-Stiftung – als einzige nicht deutsche Institution. Die Verantwortlichen des Hildegard-Hospizes gehören auch zu den wenigen, die nicht über die neue Spitalfinanzierung klagen. Im Gegenteil: Anders als die Akutspitäler wird das Hospiz auch im kommenden Jahr weiterhin Tagespauschalen – und keine diagnosebezogenen Fallpauschalen – erhalten. Und erstmals wird das Hospiz mit diesen neuen Tagespauschalen auch Investitionsbeiträge von den Krankenkassen und der öffentlichen Hand erhalten. Ein unfreiwilliges Geschenk zum Jubiläum.

www.hildegard-hospiz.ch

Drei wollen, vier schweigen

Vor Regierungsratswahlen 2012

Von Markus Vogt

Basel. Von Gesundheitsdirektor Carlo Conti (CVP, Jahrgang 1954) hat man es letzte Woche erfahren, dass er bei den Gesamterneuerungswahlen im nächsten Jahr nochmals antreten will. Von Erziehungsdirektor Christoph Eymann (LDP) war es indirekt schon vor den Nationalratswahlen angekündigt worden – er sagte einmal, er traue sich das Nationalratsmandat neben der Regierungsaufgabe zu. Jetzt hat Eymann hochoffiziell bestätigt, dass er eine weitere, vierte Amtsperiode anhängen möchte.

Der Erziehungsdirektor (Jahrgang 1951, in der dritten Legislaturperiode) bekräftigte nun, was er im Oktober im Wahlkampf und gestern im «Regionaljournal» gesagt hatte: «Ich würde mich freuen, wenn ich weiter gesund bleibe, eine weitere Amtszeit als Regierungsrat wirken zu dürfen.» Eymann wies auf diverse grosse Projekte und Dossiers hin, die er gut weiterbringen oder zu Ende führen möchte: Schulreform, Tagesstrukturen in der Schule, Universität, Berufsausbildung und Jugendprojekte.

Noch einer will es wieder wissen. Regierungspräsident Guy Morin (Jahrgang 1956, Grüne, in der zweiten Legislaturperiode) erklärte gut gelaunt am Telefon: «Ja, ich kandidiere wieder.» Formell müsse ihn zwar seine Partei zuerst nominieren, doch gebe es heute keine Signale, die in eine andere Richtung deuteten. Klar ist auch, dass Morin wieder das Präsidialdepartement anvisiert: «Ja, ich kandidiere wieder für die gleiche Funktion. Ich habe Freude an diesem Amt, und es ist eine tolle und ehrenvolle Aufgabe.» Ob er einen Gegenkandidaten haben wird, wurde gestern nicht klar, und wer dies allenfalls sein könnte, noch viel weniger.

«Zu gegebener Zeit»

Im Prinzip darf man davon ausgehen, dass sich alle sieben Regierungsmitglieder wieder zur Verfügung stellen, sofern nicht noch etwas Gravierendes dazwischenkommt. Nur: Darüber reden wollen sie nicht, vielleicht noch lange nicht. Auf eine telefonische Anfrage ins Justiz- und Sicherheitsdepartement reagierte Hanspeter Gass (Jahrgang 1955, FDP, seit fünfeinhalb Jahren im Amt) per E-Mail mit einem kurzen Satz: «Ich werde es die Basler Zeitung zu gegebener Zeit wissen lassen.»

Finanzdirektorin Eva Herzog (Jahrgang 1961, SP, seit 2005 im Amt) liess durch ihren Generalsekretär Kaspar Sutter telefonisch ausrichten, sie äussere sich im Moment nicht zu diesen Thema, «erst zu gegebener Zeit». Auch die beiden Youngsters, die sich seit 2009 im Amt befinden, geben sich zugeknöpft. Aus dem Bau- und Verkehrsdepartement meldete sich Generalsekretärin Caroline Barthe: «Hans-Peter Wessels (Jahrgang 1962, SP) äussert sich erst zu gegebener Zeit.» Schliesslich noch Christoph Brutschin (Jahrgang 1958, SP) per E-Mail: «Darf ich bitten, mir diese Frage im Verlauf des nächsten Frühjahres nochmals zu stellen?»

Also: weiter warten.

ANZEIGE

Das Rad zurück-drehen?

www.wirte-initiative-nein.ch

Wirte-Initiative

«Nichtraucherschutz ohne kantonale Sonderregelung», 27. November

Nein

krebsliga beider basel

LUNGENLIGA BEIDER BASEL